

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).  
Postkontos Nr. 53 477.

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18 600.

Inseratenpreise:  
Die 7spaltige Pettizelle 1.55 Mk. — Die 7spaltige Pettizelle mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7spaltige Pettizelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Pettizelle 0.25 Mk.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Druck in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Waffenstillstand in Leipzig!

### Entscheidung über ein Abkommen bis Freitag mittag!

#### Rat und Stadtverordnete für die Forderungen der Arbeiterschaft!

**Arbeiter! Beachtet den Waffenstillstand aufs Strengste!**

**Die Leitung des Militärs hat die Respektierung des Waffenstillstandes nachdrücklich zugesagt!**

**Arbeiter, laßt Euch nicht provozieren! Nehmt lieber kleine Herausforderungen hin, ehe Ihr Euch zu Erwidierungen hinreißt!**

**Es steht Großes auf dem Spiele!**

**Strengste Selbstbeherrschung, äußerste Disziplin sind notwendig!**

### Waffenruhe!

Ein heftiger Kampf, der gestern abend zwischen Militär und Arbeitern tobte, wurde um 10 Uhr durch Waffenstillstand beendet!

Die Nacht verlief ruhig. Heute morgen standen die Arbeitertruppen und das Militär einander an den Straßenkreuzungen mit in Ruh gesetzten Gewehren gegenüber.

Sämtliche Vororte sind in den Händen der Arbeitertruppen, das Militär ist auf den kleinen Bezirk eines Teiles der inneren Stadt beschränkt, der von den Arbeitertruppen umgeben ist.

Der Waffenstillstand war ursprünglich bis Donnerstag, 12 Uhr, abgeschlossen worden. Er ist bis morgen mittag verlängert, da die Abstimmung über ein Abkommen mit dem Militär, das vom Genossen Lipinski, dem gestern nachmittag hier eingetroffenen Minister Schwarz und dem General Senft v. Pilsach entworfen worden war, heute wegen Meinungsverschiedenheiten über einige seiner Bestimmungen noch nicht vorgenommen werden konnte.

Bis zu der Entscheidung ist die strengste Beobachtung des Waffenstillstandes gebieterische Pflicht.

Rat und Stadtverordnete haben gestern in einer denkwürdigen Sitzung die folgenden Forderungen der Arbeiter einstimmig angenommen:

- Bildung einer Einwohnerwehr auf demokratischer Grundlage, in der die Arbeiter entscheidenden Einfluß haben.
- Übertragung des Schutzes der öffentlichen Gebäude an die Einwohnerwehr.
- Abtransport der von auswärts herbeigezogenen Truppen einschließlich der Baltikumtruppen.
- Zurückziehung der Zeitfreiwilligen von der Straße, Befestigung aller Verkehrshindernisse, Auflösung der Zeitfreiwilligenformationen.
- Gemeinsame Bestattung der Opfer der Straßenkämpfe und Unterhaltung der hinterbliebenen Familien.
- Beilegung von zivilen Beigeordneten bei dem Reichswehrkommando in Leipzig.
- Nach Anerkennung der Forderungen Einstellung des Generalsstreiks.
- Wiederaufnahme des Streiks, wenn die Truppen erneut die Konterrevolution unterstützen.
- Anerkennung der Forderungen durch Beschluß der städtischen Kollegien.

Zur Durchführung der Forderungen wurde von den städtischen Kollegien einstimmig ein Ausschuß gewählt, bestehend aus den sieben bezeichneten Mitgliedern des Rates und Stadtverordnetenkollegiums.

- Stadtrat Alfred Diehe,
- Hugo Graf,
- Stadtv. Ant. Hagen,
- Jacob Krug,
- Arthur Köllig,
- Johannes Schöning,
- Gustav Vogel.

Der Entwurf des Abkommens mit dem Militär steht u. a. die Räumung der Stadt von dem Zeitfreiwilligenregiment vor, wogegen die Arbeiterliga den Generalsstreik aufheben würde; Strittig sind einige andre Punkte, so der über die Abgabe der Waffen, die die Arbeiter in Händen haben.

### Das Reichsgericht soll helfen.

#### Das erste Hochverratsverfahren.

Wie wir schon meldeten, ist Schlesien, wenigstens die Hauptstadt Breslau, in den Händen der Rapp-Truppe, wenn selbstverständlich auch die dortige Arbeiterschaft, wie wir hoffen, den Rebellen noch die Hilfe heiß machen wird. Mit welcher Frechheit sich das Militär und seine Hintermänner, vor allem der schlesische Oberpräsident, als Herren der Lage fühlen, geht aus folgender Stuttgarter B. Z. B. Meldung hervor:

Stuttgart, 17. März. Auf eine Anfrage des Reichsministeriums des Innern vom 15. März an sämtliche Oberpräsidenten über die Lage ist beim Reichsminister folgendes Telegramm aus Breslau eingegangen:

An den ehemaligen Reichsminister des Innern! Breslau und Schlesien sind restlos in der Hand der Rapp-Truppe. Anfragen wie die vom 15. März sind daher zwecklos. Der Oberpräsident.

Der Reichsminister des Innern hat den Oberreichsanwalt in Leipzig telegraphisch ersucht, gegen den Oberpräsidenten von Schlesien das Verfahren wegen Hochverrats einzuleiten.

Also die guten alten Herren am Leipziger Reichsgericht sollen wieder einmal helfen, wie sie helfen sollten gegen die Arienbrücker! Es mag wie eine Kanarie und wird in eine Schamabausklingen. Das Reichsgericht — das muß auch hier wieder betont werden — ist der Arbeiterschaft als reaktionäres Entscheidungsabstempel nur zu genau bekannt, als daß ein vor ihm anhängig gemachtes Hochverratsverfahren gegen die „lozale Revolution“ irgend wie Vertrauen in den Volksmassen finden könnte. Na, wenn die Rapp und Konsorten Arbeiterrevolutionäre wären...

Wir verlangen die Einsetzung besonderer Volkstribunale unter beratender Mitwirkung von Perkschleichen, mit dem einzigen Zweck, die Aburteilung der Rapp'schen Verführerhande möglichst schnell durchzuführen. Nur so wird verhindert, daß nicht von vornherein zur Waffe gestempelt wird. Hinter dem das Volk mit seiner ganzen unerschrocken Entschlossenheit steht.

### Der Sieg der Arbeiter in Gera.

Gera, 18. März. (Eigene Drahtmeldung der B. Z.) Der Kampf der Geraer Arbeiterschaft gegen die dortige Rappregiment hat, wie schon gemeldet, zu ihrem Sturze geführt. Die Kämpfe haben sich am Montag abgespielt und es ist besonders bemerkenswert, daß die Geraer Arbeiterschaft den Kampf gegen die Rapptruppen ohne eigene Waffen geführt hat. Der Arbeiterschaft standen 1500 Reichswehrsoldaten und Zeitfreiwillige gegenüber, die das Rathaus, das Regierungsgebäude, das Steuerramt und die Kaserne besetzt hielten. Die Arbeiterschaft nahm den Sturm auf diese Gebäude auf und bewaffnete sich erst bei diesem Sturme mit den erbeuteten Gewehren. Nachdem Offiziere gefangen genommen worden waren, stellte man diese in der ersten Etage um so das Weiterziehen der Truppen zu verhindern. Reichswehr und Zeitfreiwillige wurden so überwältigt und über 1000 Gefangene gemacht. Die Kämpfe forderten 10 Tote und 100 Verwundete.

Es wurde beschlossen, am Sonnabend die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn Gera nicht von Zeitfreiwilligen oder von Reichswehr aus andern Städten angegriffen wird.

### Verzweifelte Stimmungsmache der Rapp-Bande.

Wenn nichts mehr hilft, so muß das Volksgewissen elpenst helfen, denkt die Rapp-Bande. Sie will die Strafe, die den Hochverrättern droht, durch eine Diversion gegen die Arbeiterschaft von sich ablenken. Sie bietet sich an als Schutztruppe gegen den drohenden Bolschewismus. In Berlin, so versichert sie, erhebt er sein Haupt. Begünstigt durch die Tatsache, daß in Berlin keine Zeitungen erscheinen und die Vertretungen der Parteien sich verbergen müssen, so daß authentische Informationen nicht zu erlangen sind, verbreitet die Gesellschaft, die sich noch immer „Berliner Regierung“ zu nennen, allerlei Nachrichten, die den braven Bürger schrecken und der Stuttgarter Regierung nahelegen sollen, daß sie die Rapp und Lüttwig gegen die Arbeiterklasse brauche. Wir rechnen dazu besonders folgende Meldung:

Berlin, 17. März. Von der Berliner Regierung wurde folgende Mitteilung veröffentlicht: Nach übereinstimmenden zuverlässigen Nachrichten sind gestern in Berlin ein Vertriebsrat, bestehend aus unabhängigen Kommunisten und Reichheitssozialisten, gebildet worden. Auf ihm fand eine Einigung dahin statt, daß die Reichheitssozialisten zwar den Programmpunkt „Generalaufrüstung“ als Antwort auf den Gewaltstreik nicht annehmen, daß sie ihm aber neutral gegenüberstehen. In allen andern Punkten fand vollständige Einigung statt. Es wurde eine Ministerliste aufgestellt, die folgende Namen zeigt: Reichskanzler Däumig, Inneres Dr. Kurt Geyer, Reichswehr Neumann oder Paul Post, Wirtschaft Dr. Ralsch, Arbeit Otto Frank-Renschelb, Ernährung Geismann, Justiz Dr. Gohn, Finanzen Müller genannt Adel, Presse Dr. A. Goldschmidt, Eisenbahnen Julius Meier. — Diese Tatsachen zeigen, wie ungeheuer die Gefahr ist. Die Räterepublik will den Versuch machen, sich gewaltsam in den Sattel zu schwingen. Die Diktatur des Proletariats droht, alles Leben in Deutschland zu vernichten. Alles Glend, alle Gewalt und alleurchidaren Anrechnungen des Bolschewismus Russlands drohen auch uns. Nicht der leiseste Zweifel ist mehr für alle Bürger, alle Soldaten der Reichswehr und alle Beamten der Sicherheitspolizei, zu welcher Seite sie halten sollen. Es gibt nur noch einen Feind, den Bolschewismus, der keine Reichsgewalt mehr anerkennt. Ihm hat der Kampf mit aller Energie zu gelten.

„Es gibt nur noch einen Feind!“ Natürlich, das könnte den Rapp und Lüttwig passen, daß sie auf diese Weise wieder sicheren Unterschlupf finden und durch ein Blutbad, das sie unter den Arbeitern, den Verteidigern der Republik errichten, ihren ramponierten Ruf als Stützen der Gesellschaft wieder aufrichten würden. Daß sich die Berliner Arbeiter gegen die Rapp-Bande bewaffnen, ist selbstverständlich. Alles was sonst über ihre Absichten von den Rapp und Lüttwig verbreitet wird, ist aufs Höchste verdächtig. Die obige Meldung hat verschiedene verdächtige Punkte; so vor allem die Anführung des Genossen Dr. Kurt Geyer als Ministerkandidat. Genosse Geyer befand sich am Sonnabend in Süddeutschland — es will nun sehr unwahrscheinlich erscheinen, daß er nach Berlin gelangt sei.

Ähnlicher Art wie die erste, sind die folgenden Meldungen:

Berlin, 18. März. Die nervöse Stimmung in Berlin hat eine kleine Entspannung erfahren, nachdem langsam bekannt geworden war, daß Rapp zurückgetreten und eine einheitliche Aktion gegen den drohenden Kommunismus (!) beschloß hat. In vielen Stellen der Stadt ist es wieder an Zusammenstößen zwischen Reichswehr und Pöbel (!) gekommen, die mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gefordert haben. Am Laufe des heutigen Nachmittags tauchten Gerüchte auf, daß bewaffnete Kommunisten sich in verschiedenen Vororten sammelten, die die öffentlichen Gebäude in Berlin stürmen wollten. In verschiedenen Stadtteilen haben die Kommunisten Baracken gebaut, so am Goltzener Tor und in der Frankfurter Allee. Eine große Menschenmenge versuchte, in die Kaserne in der Braugasse